

BESCHLUSS

aus der 6. Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
am Mittwoch, 26.01.2022

Öffentliche Sitzung

- 9. Zahlung eines einmaligen Betrages in Höhe von 2,5 Millionen Euro VL-10/2022
an die Städte und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises zum
endgültigen Ausgleich von Fehlbeträgen infolge der Aufnahme und
Unterbringung von Geflüchteten im Jahr 2021**

An den Wortbeiträgen Frau Sacha, Erster Stadtrat Rainer Vogel, Herr Knapp, Herr Michael Bär, Bürgermeister Andreas Bär, Herr Maier, Herr Jakobi.

Auftrag an die Verwaltung:

eine Einzelaufstellung Kostenträger 351-13-01 wird dem Protokoll beigelegt.

Beschluss:

1. Kenntnisnahme des Bewilligungsbescheids vom 23.12.2021 des Main-Kinzig-Kreises, betreffend einer Zahlung eines einmaligen Betrages in Höhe von 121.730,55 Euro, an die Stadt Nidderau. Der Betrag ist einmalig zum endgültigen Ausgleich von entstandenen Fehlbeträgen in dem Jahr 2021 aufgrund der Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen an die Stadt Nidderau zu zahlen.

Beratungsergebnis:

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(6)	SPD (3), Grüne (2), CDU (1), FWG (0), FDP (0)
Nein-Stimmen:	(1)	SPD (0), Grüne (0), CDU (1), FWG (0), FDP (0)
Enthaltungen:	(2)	SPD (0), Grüne (0), CDU (1), FWG (1), FDP (0)

Beschluss:

2. Der Magistrat der Stadt Nidderau erklärt ausdrücklich das Einverständnis mit dem Inhalt des Bewilligungsbescheids vom 23.12.2021. Auf die Einlegung von Rechtsmitteln gegen den Bescheid vom 23.12.2021 wird der Magistrat der Stadt Nidderau verzichten.

Beratungsergebnis:

Abstimmungsergebnis analog Beschluss zu 1.

Ja-Stimmen:	()	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0), FDP (0)
Nein-Stimmen:	()	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0), FDP (0)
Enthaltungen:	()	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0), FDP (0)

Beschluss:

3. Mit der Zahlung des einmaligen Ausgleichsbetrages sind sämtliche Forderungen betreffend Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen, gleich aus welchem Rechtsgrund, ob bekannt oder unbekannt, für das Haushaltsjahr 2021 endgültig abgegolten. Davon unberührt bleiben die regulären Leistungsansprüche sowie die reguläre Kostenerstattung nach dem Landesaufnahmegesetz.

Beratungsergebnis:

Abstimmungsergebnis analog Beschluss zu 1.

Ja-Stimmen: () SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0), FDP (0)

Nein-Stimmen: () SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0), FDP (0)

Enthaltungen: () SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0), FDP (0)